

## Johannes-Maria Lex

---

**Von:** Elternverein Vorsitz [vorsitz@evgrg23.at]

**Gesendet:** Donnerstag, 13. Januar 2011 09:29

**An:** beatrix.karl@bmwf.gv.at

**Cc:** barbara.prammer@parlament.gv.at; fritz.neugebauer@parlament.gv.at; josef.cap@spoe.at; karlheinz.kopf@oevpklub.at; heinz-christian.strache@parlament.gv.at; eva.glawischnig@gruene.at; josef.bucher@parlament.gv.at; gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at; verena.remler@bmwfj.gv.at; claudia.schmied@bmukk.gv.at; informationspool@plattform-educare.org; leserbriefe@derstandard.at

**Betreff:** Wissenschaftsministerin Karl - Mehr Verantwortung der Eltern

Sehr geehrte Frau Ministerin!

Eltern haben Verantwortung ihren Kindern gegenüber. So weit, so gut. Doch was verstehen Sie darunter? Einbringen in Bildungsfragen, eine schriftliche Vereinbarung mit der Schule, Hausübungen machen und daheim lernen mit den Kindern.

Eltern bringen sich in der Praxis bei Bildungsfragen ihrer Kinder in hohem Maße ein!

- Bei der Auswahl der Schule (aufgrund der Blockierung einer gemeinsamen Schule der 10-14jährigen, öfter als notwendig und für die Bildung der Kinder gut ist),
- bei der Beratung und Unterstützung in Zusammenhang mit der Auswahl von Schwerpunkten und Zweigen,
- bei der Ermöglichung der Teilnahme an außerschulischen Bildungsangeboten
- und nicht zuletzt auch in erheblichem Ausmaß finanziell.

Durch die „Bildungspolitik“ der vergangenen Jahre wurden die finanziellen Aufwendungen der Eltern für die Bildung ihrer Kinder laufend höher: von Selbsthalten bei Schulbüchern bis zur Kostenübernahme von BegleitlehrerInnen bei schul- und schulbezogenen Veranstaltungen seitens der Elternvereine, sprich in Wahrheit wieder durch die Solidarität unter den Eltern. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wurde nur in Ausnahmefällen von erzielbaren Synergieeffekten oder dem Wunsch nach Verbesserung getrieben, sondern war allzu oft nur von einer zusätzlichen Kostenbelastung Betroffener (in diesem Fall die Eltern) dominiert. Die Bildungspolitik stellt gerade hier bedauerlicherweise keine Ausnahme dar!

Und wie soll man sich als Elternteil eine sog. „Bildungsvereinbarung“ mit der Schule vorstellen? Sollen Eltern mit der Schule einen (quasi privatrechtlichen) Vertrag dahingehend abschließen, dass sie Defizite der schulischen Ausbildung aufgrund zu großer Klassen, mangelnder Differenzierung im Unterricht, unzureichender Fördermöglichkeiten und nicht zuletzt mangelnder LehrerInnen (mittlerweile unterrichten wieder Studierende, die nicht einmal noch ihr Studium abgeschlossen haben, von einer positiven Absolvierung des Unterrichtspraktikums gar nicht zu reden) durch privaten Hausunterricht kompensieren oder dass Eltern in der Folge Bildungsmängel ihrer Kinder als Mindererfüllung eines Vertrages einklagen könnten?

Eltern geben in Übererfüllung ihrer Pflichten Jahr für Jahr Millionen für Nachhilfe ihrer Kinder aus. Reicht das noch immer nicht? Sollte sich nicht verantwortliche Bildungspolitik viel mehr darüber Gedanken machen, wie Kinder und Jugendliche im Rahmen der Institution Schule bestmöglich bei ihren Lernprozessen und ihrem Bildungserwerb gefördert und unterstützt werden?

Besonders befremdlich ist die Anregung, Eltern mögen doch mit ihren Kindern die Hausübungen machen. Sollen Eltern ihren Kindern das erklären, was LehrerInnen ihnen in der Schule aufgrund struktureller Defizite nicht vermitteln konnten? Geschieht ja auch, dort wo es

möglich ist. Doch das „Möglich“ bedarf entsprechender Voraussetzungen:

- Väter/Mütter die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit die Zeit aufbringen können (und das zu einer Tageszeit, zu der die Kinder noch aufnahmefähig, sprich lernfähig sind)
- Väter/Mütter die erklären können
- Väter/Mütter die aufgrund ihrer eigenen Lernbiografie überhaupt in der Lage sind ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen

Dieser letzte Punkt ist dabei eigentlich der entscheidende: Ihre Forderung zielt darauf ab, dass in noch höherem Maße als bisher, der soziale und bildungsmäßige Hintergrund der Eltern über die Zukunft der Kinder entscheidet. Kindern, denen daheim geholfen werden kann, soll und wird es auch in der Schule gut gehen. Kinder aus Sozial- und Bildungsmilieus die diese Unterstützung nicht bekommen können sollen bleiben, wo ihre Eltern bereits sind. Bildungsmäßige Exklusion wird prolongiert. Geschlossene Systeme Privilegierter sind die Folge.

Politische Perspektiven für eine offene, demokratische Gesellschaft, bei denen Lernen, Wissen und Bildung im Sinne eines lebensbegleitenden Prozesses zentrale Bedeutung haben, sehen anders aus.

Mit der Hoffnung auf bildungspolitische Einsichten und auf eine differenzierte Diskussion mit der interessierten Öffentlichkeit, zu der auch die Eltern, die sich in Bildungsfragen einbringen, zählen, verbleiben wir für den Elternverein des GRG23VBS

mit freundlichen Grüßen

Mag. Walter Schuster

Vorsitzender

Elke Syböck

Schriftführung

Gerhard Wagner

Kassier